

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

3/2015
KLIMAGIPFEL
IN PARIS

Trendwende mit Chancen.
Seite 2

Der Fall Huaraz: Saúl gegen RWE. Seite 3

Was der Klimagipfel für Deutschland bedeuten muss. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

gerade als diese Zeitung fertiggestellt ist und die Freigabe für den Druck ansteht, erschüttern die verheerenden Anschläge in Beirut am 12. und Paris am 13. November die Welt. Umso wichtiger ist nun, dass vom Klimagipfel in Paris ein unüberhörbares Signal der Kooperation der Staatengemeinschaft ausgeht. Ohne deutliche Schritte für mehr Gerechtigkeit und Akzeptanz der Grenzen des Planeten wird es nicht gelingen, der Krisenkaskade, die uns in Atem hält, wirkungsvoll zu begegnen. Umso mehr brauchen wir auch mutige Menschen in der Zivilgesellschaft, die angesichts der verschiedenen Bedrohungen und Risiken umsichtig und beherrzt reagieren. Einen davon, unseren Freund und Partner Saúl Luciano Lliuya aus Huaraz, stellen wir in dieser Zeitung vor. Angesichts der bedrohlichen Gletscherschmelze in den Hochanden nimmt der Bergführer den Kampf des David gegen Goliath, den Energieriesen RWE, auf.

Mit Empathie und Strategie wird sich Germanwatch auf unterschiedlichsten Ebenen einmischen, für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Eine trotz allem ermutigende Lektüre dieses WEITBLICKS wünscht

Ihr Klaus Milke

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Hindou Oumarou Ibrahim,
Koordinatorin der Femmes
Peuples Autochtones du Tchad

Klimawandel betrifft unseren Alltag, unsere Lebensgrundlagen und unsere Entwicklung. Es ist wichtig, dass Organisationen wie Germanwatch die Anliegen der Menschen im Tschad und anderen Entwicklungsländern unterstützen und unserer Stimme auf internationaler Ebene Gehör verschaffen. In Paris brauchen wir ein globales Abkommen, dass den Klimawandel begrenzt und den am meisten Betroffenen hilft. Germanwatch treibt sowohl internationale Klimapolitik als auch gesellschaftlichen Wandel in Deutschland an. Das ist dringend notwendig, denn ein einziges deutsches Kohlekraftwerk emittiert mehr als die gesamte Bevölkerung des Tschad.

Gipfelaussichten

Paris als Symbol für Kooperation – nicht Hass und Zerstörung

Nach vier Jahren Vorverhandlungen startet nun am 30. November der Klimagipfel in Paris. Das geplante Pariser Abkommen soll Spielfeld und Regeln für die internationale Klimapolitik der nächsten Jahrzehnte abstecken. Anders als sonst üblich, haben die Staats- und RegierungschefInnen gleich am ersten Tag ihren großen Auftritt. Sie müssen Richtungsentscheidungen verkünden, damit die VerhandlerInnen auf dieser Grundlage den politischen Konsens in eine Rechtssprache gießen können.

Schon als Vorgriff auf Paris haben über 160 Staaten ihre Klimaschutzziele für das Abkommen vorgestellt – deutlich mehr Staaten als 2009 beim Klimagipfel in Kopenhagen. Fast 90 Prozent der globalen Emissionen sind durch diese Ziele abgedeckt. In vielen Entwicklungsländern bedeutete die Erarbeitung dieser Ziele, dass RegierungschefInnen erstmals überhaupt Klimaschutz (aber auch die Folgenbewältigung des Klimawandels) ernsthaft betrachtet haben. Paris zeigt also schon jetzt eine erhebliche Wirkung.

Zugleich gilt es, sich über die zwar wichtige, aber begrenzte Rolle der Klimagipfel klar zu sein. Dazu ein Vergleich aus dem Sport. Ronaldo soll einmal gesagt haben: Ein Fußballer hat zwei Aufgaben. Erstens den Ball zum Strafraum zu bringen. Und dann zweitens ein Tor zu schießen. Die Aufgabe der Klimagipfel ist es, den Ball zum Strafraum zu bringen. Die Tore schießen müssen die nationalen Regierungen, die Investoren und die Zivilgesellschaft vor Ort. Kein internationaler Gipfel kann einfach Beschlüsse für den Ausstieg aus Kohle und Teersand oder eine Energiewende treffen, diesen müssen vielmehr nationale Debatten und Entscheidungen zugrunde liegen. Der Klimagipfel kann die Chance dafür deutlich erhöhen. Und das ist auch dringend notwendig. Denn selbst wenn alle Pariser Klimaversprechen umgesetzt werden, lägen die globalen Emissionen 2030 noch immer mehr als ein Drittel über dem Niveau, das mit einer Begrenzung der Klimaerwärmung auf maximal 2°C im Vergleich zu vorindustrieller Zeit vereinbar wäre. Erfolgsmaßstab von Paris wird sein, ob durch das Abkommen in Zukunft mehr Dynamik entsteht, als sich die Staaten derzeit zu versprechen trauen.

Beschlüsse, die Dynamik steigern

Kann es gelingen, im Abkommen das Zwei-Grad-Limit in ein konkretes Ausstiegsziel aus Kohle, Öl und Gas zu übersetzen? Werden die Klimaschutzziele als Minimalziele verstanden und die Länder im Abkommen verpflichtet, sie alle fünf Jahre zu verschärfen, ausgerichtet am Limit von 2°C, wenn nicht 1,5°C, und weiteren Gerechtigkeitkriterien? Gibt es ein Regelwerk, das Transparenz, Vergleichbarkeit und Überprüfung von Klimaschutz in den Ländern erlaubt? Gibt es die Verpflichtung, regelmäßig ausreichend Geld für transformative Pläne für ambitionierten Klimaschutz und Anpassung zur Verfügung zu stellen? Gibt es ein globales Anpassungsziel, das die Verpflichtung für den Schutz und die Unterstützung der besonders Betroffenen des Klimawandels international verankert? Gelingt es, die notwendige Unterstützung zu organisieren, um die inzwischen nicht mehr wegdiskutierbaren Klimaschäden zu bewältigen? Zentral ist auch: Wie wird die Klimapolitik der nächsten fünf Jahre – bevor das neue Abkommen 2020 in Kraft tritt – organisiert? Es braucht schon 2018/19 einen ersten konzertierten Anlauf, die Ziele für 2025 zu verschärfen und einen weiteren Zuwachs der Klimafinanzierung zu initiieren.

Gute Chancen für eine ambitionierte Nachbesserung der Ziele im Jahr 2018/19 gibt es aber nur, wenn in der Zwischenzeit Staaten und Zivilge-



sellschaft viele Tore für den Klimaschutz schießen. Ein paar Beispiele: In Deutschland muss der Ausstieg aus der Kohle festgeklopft werden. Eine bilaterale Kooperation von Deutschland und Indien könnte einen wichtigen Beitrag leisten, damit dieses für die weitere Klimaentwicklung entscheidende Land immer mehr in Sonne und Wind, aber immer weniger in Kohle investiert. Es gilt, nach Paris eine Vorreiterinitiative von Staaten auf den Weg zu bringen, die bei der Umsetzung von Energiewenden kooperieren, um einen Teil der Emissionslücke zum Zwei-Grad-Pfad zu schließen.

Druck für ehrgeizige Vereinbarungen vonnöten

Der Ausgang der Konferenz in Paris ist offen. Selbst ein Scheitern ist nicht völlig auszuschließen. Auf jeden Fall aber sind noch unterschiedlich anspruchsvolle Vereinbarungen möglich. Zieht die Pariser Präsidentschaft wegen unzureichender Fortschritte bei den Verhandlungen ein vor allem mit den USA und China abgestimmtes Papier aus der Tasche, wird dies wohl auf einen weniger anspruchsvollen Konsens hinauslaufen.

Der Druck der progressiveren Akteure – etwa von Inselstaaten, armen Ländern, aber auch einigen Industriestaaten – viele dann unter den Tisch. Aber immer nur, wenn sich diese Staaten – getragen von zivilgesellschaftlichem Schwung – auf konkrete Forderungen verständigen konnten und Bremsstaaten unter Druck setzten, gab es wichtige Durchbrüche bei Klimagipfeln. Zentrale Aufgabe Deutschlands ist es, solche anspruchsvollen gemeinsamen Positionen schon im Vorfeld in bilateralen Gesprächen auszulegen. Es geht erstens um ein stark formuliertes Langfristziel und ehrgeizige Regeln für die Nachbesserung von Klimazielen im Fünf-Jahres-Rhythmus. Zweitens sind solche regelmäßigen Runden auch für verlässliche und ambitionierte Finanzierungszusagen für ehrgeizige Klimaschutz- und Anpassungspläne zu vereinbaren. Drittens geht es darum, die Bewältigung von Klimaschäden und -verlusten wirksam im Abkommen zu verankern.

Von großer weltpolitischer Bedeutung ist, ob eine neue Form der Differenzierung der Staaten im Abkommen gelingt. Es ist klar: Da inzwischen 30 Prozent der Menschen, die die höchsten Emissionen verantworten, in Schwellenländern leben, ist die einfache Kategorisierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht mehr zielführend. Verantwortung muss weiter gefasst werden, Klimaschutzregeln müssen allgemein gelten. Ein schwacher Minimalkonsens könnte das Ergebnis einer reinen Selbsteinschätzung der Länder sein – Klimaschutz und Klimaregeln gemäß nationaler Eigeninteressen. Besser wäre es, wenn Länder begründen müssten, dass ihr

Beitrag fair ist – gemessen an den Erfordernissen der Klimawissenschaft und an Gerechtigkeitkriterien.

Trendwende verstetigen

Im Vorfeld von Paris gibt es in der realen Welt hoffnungsvolle Zeichen. Bereits mehr als die Hälfte der Investitionen für den Stromsektor geht weltweit in den Bereich Erneuerbare Energien. Kohle und Teersand kommen in vielen Ländern unter Druck. Die globalen CO₂-Emissionen sind in den letzten Jahren deutlich weniger gestiegen als im ersten – für den Klimaschutz verlorenen – Jahrzehnt dieses Jahrtausends. Der Klimagipfel in Paris kann aus diesen vorsichtigen Anzeichen eine wirkliche Trendwende machen. Dies würde es den nationalen Regierungen erlauben, die notwendigen nächsten Schritte zu gehen – wenn wir als Zivilgesellschaft ausreichend und intelligent Druck machen.

Christoph Bals, Sönke Kreft & Lutz Weischer

Weitere aktuelle Hintergrundinfos von Germanwatch zur COP 21 finden Sie hier: www.germanwatch.org/de/cop21

**Jetzt mitmachen:
Aufstehen für
Klimagerechtigkeit!**

Am **29. November** gehen Menschen rund um den Globus auf die Straße, um für Klimagerechtigkeit zu demonstrieren und damit unsere PolitikerInnen zu tatkräftigem Klimaschutz zu bewegen. Weltweit finden tausende verschiedene Aktionen statt – auch an zahlreichen Orten in Deutschland.

Finden Sie jetzt eine Veranstaltung in Ihrer Nähe und machen Sie mit bei der größten Bewegung für Klimagerechtigkeit aller Zeiten!

www.globalclimatemarch.org/de



Der Handlungsdruck steigt

2015 – ein Jahr im Zeichen des Klimawandels

Der Klimawandel im Jahr 2015 ist offenbar: Erstmals in der Geschichte der Menschheit wird die symbolträchtige Marke von 400 ppm CO₂ in der Atmosphäre überschritten. 2015 ist mit hoher Wahrscheinlichkeit deutlich wärmer als 2014, das bisher wärmste Jahr. Ein sich anbahnender El-Niño – die „Wetterschaukel“ im Pazifik – bedeutet weltweite Auswirkungen von Dürren und Überschwemmungen. Eine globale Korallenbleiche – die Dritte nach 1998 und 2010 – findet statt und wird sich in den nächsten Monaten zu spitzen.

Bereits heute sind die Folgen des Klimawandels weltweit auf allen Kontinenten und in allen Weltmeeren spürbar. Der Klimawandel wirkt als ein Verstärker für Wetterextreme, Hitzewellen, Dürren, Überflutungen und Sturmereignisse. Dabei sind es nicht nur die großen Ereignisse, die es durch das Rauschen der alltäglichen Medienflut schaffen. So etwa Taifun „Pam“, der zu Beginn des Jahres mehrere pazifische Inselstaaten verwüstete, oder Hurrikan „Patricia“



Aktuelle Korallenbleiche im Pazifik: 2015 wird die Erderwärmung wohl erstmals über 1 °C im Vergleich zu vorindustrieller Zeit betragen.

im Oktober, der stärkste je gemessene tropische Wirbelsturm. Es ist auch die Vielzahl an „unsichtbaren“ Katastrophen, die den Handlungsdruck verdeutlichen. Gerade wurde der Jemen, bisher kein Durchzugsgebiet von Wirbelstürmen, von zwei Zyklonen betroffen. In Somalia entsteht zurzeit eine Dürre, die mehr als vier Millionen Menschen betrifft und jeden Vierten davon in die Flucht zu zwingen droht.

Es trifft die Ärmsten

Klimawandelauswirkungen treffen die Ärmsten und Verletzlichsten besonders. Germanwatch stellt zu jedem Klimagipfel die globalen Auswirkungen von Überflutungen, Stürmen und Dürren im Klima-Risiko-Index dar. Die größten menschlichen Opfer und Verluste sind dabei in den armen Entwicklungsländern zu beklagen. Die größten relativen wirtschaftlichen Schäden ebenso, genauso wie in Inselstaaten und anderen Entwicklungsländern. Die höchsten absoluten ökonomischen Schäden verzeichnen aufgrund der hohen wirtschaftlichen Werte Industrieländer. Im Klima-Risiko-Index sind die zehn langfristig am meisten betroffenen Länder alle Entwicklungsländer. Deswegen gehört die Schadensbegrenzung des Klimawandels auch auf die internationale Agenda und in das Klimaabkommen von Paris. In den nächsten Jahren wird das Thema immer akuter, denn es ist zu befürchten, dass ein großer Teil der Klimaerwärmung und damit auch Klimaauswirkungen, die sich aus den bisherigen Emissionen ergeben, erst noch erfolgen wird. Selbst wenn die Menschen heute noch den Treibhausgasausstoß einstellen würden, käme noch fast ein halbes Grad Erwärmung hinzu – die heute bereits in der Atmosphäre befindlichen Gase heizen noch nach. Und die Menschen hören nicht mit dem Verbrennen von Kohle, Öl und Gas auf.

Manfred Treber

Fluchtursache Klimawandel

Eine Schutzagenda für klimabedingt Vertriebene ist notwendig

Die ganz überwiegende Zahl von Flüchtlingen kommt derzeit aus anderen Gründen nach Deutschland. Aber die Auswirkungen des Klimawandels stellen schon heute besonders verletzte Staaten und Bevölkerungsgruppen vor große Probleme und verstärken Faktoren, die zu Fluchtursachen werden können. Durch den steigenden Meeresspiegel kommt es zu Engpässen in der Frisch- und Trinkwasserversorgung, Böden versalzen, Land wird unfruchtbar. Dürren gefährden durch Wasserknappheit und den Verlust von fruchtbarem Land die Ernährungssicherung. Auch der Weltklimarat IPCC sieht eine zunehmende Bedrohung für die menschliche Sicherheit und verweist auf eine Zunahme klimabedingter Migration. Immer häufiger tragen solche Entwicklungen dazu bei, dass Menschen ihre angestammten Umgebungen verlassen müssen. Bisher wandern nach Wetterkatastrophen die meisten MigrantInnen in andere Regionen ihres Heimatlandes ab – häufig vom Land in die Slums der Städte. Die bisher kleine, aber wachsende Gruppe von Menschen, die wegen des Klimawandels grenzübergreifend flüchten, fällt nicht unter das Mandat der Genfer Flüchtlingskonvention, ihnen fehlt jeglicher Schutzstatus.

2010 beim Klimagipfel in Cancún einigte sich die Staatengemeinschaft erstmals darauf, in Bezug auf klimabedingte Vertreibung und Migration bzw. geplante Umsiedlung auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu kooperieren. Damit war völkerrechtlich der Startschuss gegeben, dass sich UN-Agenturen wie der UN-Flüchtlingsrat (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) um das Thema kümmern konnten. Norwegen und die Schweiz gründeten zudem 2012 die Nansen-Initiative, die – zunächst noch außerhalb offizieller UN-Prozesse – pragmatische Lösungsvorschläge entwickelt. In den nächsten Jahren



Wetterextreme und Vertreibung: Fast dreimal mehr Menschen werden durch Naturkatastrophen vertrieben als durch Konflikte (Zahlen für 2013, Norwegian Refugee Council).

gilt es, eine solche „Schutzagenda“ – inklusive Prinzipien und Ansätzen zum Umgang mit klimabedingter grenzüberschreitender Flucht – international umzusetzen. In Paris muss die Staatengemeinschaft, z.B. als konkrete Arbeit zum Thema klimawandelbedingte Schäden und Verluste, Prozesse definieren und nutzen.

Der Klimawandel wird zu einem immer stärkeren Risikomultiplikator für Fluchtursachen. Es wäre kontraproduktiv, wenn die derzeitige Flüchtlingskrise die Bekämpfung großer Fluchtursachen der Zukunft in den Hintergrund drängen würde.

Vera Künzel

Trendwende mit Chancen

Die Momentaufnahme zeigt Gegenwind für Kohle und Teersand. US-Präsident Barack Obama entschied jüngst, die symbolträchtige Ölpipeline „Keystone XL“ zu stoppen, Kanadas neuer Premierminister Justin Trudeau will vermehrt auf Klimaschutz statt auf Teersand setzen, China verbrennt deutlich weniger Kohle als noch vor 18 Monaten.

Seit 2012 flacht der Anstieg der globalen Emissionen ab und Achim Steiner, Chef des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), spricht bei der Veröffentlichung des diesjährigen Klimaberichts „Emissions Gap Report“ von einem „echten Ambitionsschub“ der Länder in Richtung Klimaschutz. Eine Verstärkung dieser Anzeichen zu einer Trendwende wäre der große Durchbruch.

Bis Mitte des Jahrhunderts soll der Umbau der Energiesysteme hin zu Erneuerbaren Energien gelingen sein. Deren massive Kostenreduktion eröffnet neue Handlungsspielräume für einen klimafreundlichen Energiemix. China, inzwischen der größte Treibhausgas-Emittent, hat auch bei den Pro-Kopf-Emissionen die EU eingeholt. Und dennoch hat kein anderer der G20-Staaten in den letzten Jahren eine positivere Trendwende als China vollzogen. Zwei Drittel seiner Investitionen im Bereich der Stromwirtschaft gehen in den Bereich der Erneuerbaren Energien. Die Zeichen für eine chinesische Trendwende sind gesetzt.

Quo Vadis Indien?

Eine entscheidende Frage für die Zukunft des Klimas ist jetzt: Wie geht es weiter mit Indien? Wird das Land seinen immens wachsenden Energiehunger hauptsächlich mit Kohle oder Erneuerbaren Energien stillen, um das Wachstum anzukurbeln und die Energiearmut zu bekämpfen? Wenn Indien das riesige Potenzial an Sonnenenergie und Wind nutzt, kann es noch

verhindern, durch massiven Ausbau der Kohlekraftwerke einen schwer umkehrbaren Entwicklungspfad in Richtung hoher Emissionen einzuschlagen. Der Klimagipfel in Paris könnte zum Katalysator werden und durch Risikoübernahmen den Weg zu ausländischen Investitionen bahnen. Kooperationen für Technologien und Kapazitätsaufbau vor Ort könnten ein Übriges tun. Der indische Energiemix könnte entscheidend sein für den globalen Temperaturanstieg.

Die indische Regierung hat ihr Ziel, 100 Gigawatt Solarstrom bis 2022 zu generieren, in ihrem Klimaplan vom Oktober 2015 bekräftigt und um das Vorhaben ergänzt, 40 Prozent der Stromerzeugungskapazität bis 2030 aus nicht-fossilen Energiequellen zu erreichen. Da die Regierung die Pläne zum Ausbau der Atomkraft derzeit zurückfährt, ist anzunehmen, dass Erneuerbaren Energien dabei die zentrale Rolle zukommt.

Die im Vorfeld von Paris beschlossene deutsch-indische Solarpartnerschaft, die Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Besuch im Oktober in Delhi mit Premierminister Narendra Modi besiegelte, könnte eine wichtige Rolle spielen. Neben dieser deutsch-indischen Solarpartnerschaft wirkt das Jahr 2015 mit dem Pariser Klimagipfel sowie den vorbereitenden Treffen und Verhandlungen auch für eine weitere Solarpartnerschaft als Katalysator. Indiens Premier Modi will eine Solarallianz der „Sonnenländer“ zwischen den Wendekreisen in Paris verkünden. Gemeinsame Forschung und Entwicklung zu Solarenergie unter der deutsch-indischen Solarpartnerschaft kann auch für diese Sonnenländer-Allianz eine wichtige Unterstützung darstellen. Es ist ein schönes Beispiel dafür, wie Paris zum Katalysator für neue Formen der internationalen Kooperation werden kann, um die Trendwende weg von Kohle und hin zu Erneuerbaren Energien zu beflügeln.

Rixa Schwarz

BUCHTIPP



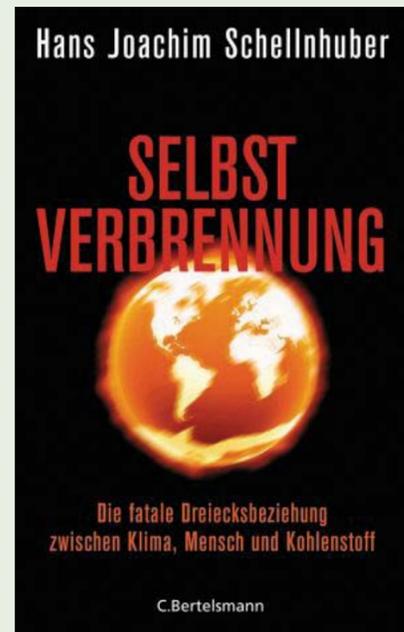
Von der Selbstverständlichkeit, Grenzen zu überschreiten

Dieses Buch von Hans Joachim Schellnhuber, einem der renommiertesten Klimawissenschaftler, dem Gründer und Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), hat einen besonderen Stellenwert. Es ist der Ertrag eines Lebens – wissenschaftliche Einsichten, politisch-moralische Wertungen und persönliche Erinnerungen. Hier schreibt nicht nur ein Wissenschaftler, hier schreibt ein „Gewissenschaftler“:

„Nach rund dreißig Jahren der Auseinandersetzung mit allen Aspekten des Klimawandels drängt es mich, umfassend Stellung zu beziehen. Die Befunde der Forschung sprechen inzwischen eine so eindeutige Sprache, dass wir die gelehrte Debatte über Subjektivität und Objektivität hinter uns lassen können. Angesichts des Risikos eines selbstverschuldeten Weltenbrandes steht fast jeder vor der Entscheidung, bestimmte Grenzlinien zu überschreiten. Meine Entscheidung besteht darin, nunmehr endgültig Partei zu ergreifen – gegen eine gesellschaftliche Betriebsweise, welche die natürlichen Lebensgrundlagen unweigerlich zerstören wird. Dadurch beschädige ich womöglich meine Reputation als Experte, der im Normalbetrieb größtmöglichen Abstand von der moralischen Dimension seiner Thematik zu wahren hat. Doch nichts ist heute noch normal auf diesem Planeten. Insofern ist meine Entscheidung, weiß Gott, keine Heldentat, sondern eine Selbstverständlichkeit.“

Wer lesen will, warum es Wissenschaftler angesichts des suizidalen Kurses der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr in ihrem Elfenbeinturm aushalten, der sollte dieses Buch lesen.

Christoph Bals



Hans Joachim Schellnhuber: Selbstverbrennung, Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. Verlag C. Bertelsmann, München, 2015.

Der Fall Huaraz: Saúl gegen RWE

Gletschereis schmilzt – Verantwortung wächst

Ein besonders wichtiger Klimagipfel liegt nun unmittelbar vor uns und die Weltöffentlichkeit schaut dorthin. Die höchsten Erwartungen haben die ärmeren Menschen, die schon jetzt am stärksten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden oder massiv bedroht sind. Dazu gehören diejenigen, die im Einzugsbereich der aufgrund der Erderwärmung verstärkt auftretenden Gletscherschmelze leben. Also auch der peruanische Bergführer Saúl Luciano Lliuya und sein Vater Julio. Saúl Luciano kommt zusammen mit seinem Vater kurz vor dem Klimagipfel nach Deutschland, weil er wegen der Bedrohung durch Flutwellen aufgrund der Gletscherschmelze in den Hochanden der Cordillera Blanca Klage gegen den deutschen Energiekonzern RWE erhebt.

„In einer Welt, in der die Temperatur steigt, das Eis schmilzt und der Meeresspiegel ansteigt, dürfen die internationalen Gerichte nicht schweigen.“ Mit diesem Appell beschloss der renommierte Völkerrechtsexperte Philippe Sands vor wenigen Wochen seinen Vortrag im Rahmen eines internationalen Symposiums in London. Sands bekam viel Applaus für seine Analyse

der klimarechtlichen Verantwortung der Staaten nach Völkerrecht, die in die Empfehlung mündete, ein Gutachten des Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu den mit dem Klimawandel verbundenen Rechtsfragen zu initiieren. Die Londoner Konferenz zeigt: Es kommt Bewegung in die internationale Community der Juristen. Auch bei den Gerichten zeigt sich ein Trend zu mehr Klimaschutz, in den sich die Klage Saúl Lucianos einreicht:

- So hat das höchste Gericht der Vereinigten Staaten, der US Supreme Court, die amerikanische Umweltbundesbehörde (EPA) dazu verurteilt, strengere Abgasvorschriften für Kraftfahrzeuge zu erlassen, um so dem klimabedingten Meeresspiegelanstieg an der Küste Massachusetts entgegen zu wirken.
- Ein niederländisches Gericht hat den niederländischen Staat im „Urgenda-Fall“ zu strengeren Einsparzielen bei der Emission von Treibhausgasen verurteilt.
- Das Verfassungsgericht von Pakistan hat die Landesregierung zu effizienteren Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen verurteilt.

- Der New Yorker Staatsanwalt Eric Schneiderman geht gegen ExxonMobil vor. Geprüft wird, ob der weltgrößte Ölkonzern seit den späten 1970er Jahren die Öffentlichkeit und AnlegerInnen über die möglichen Folgen des Klimawandels getäuscht hat.

Mit einer Musterklage von Saúl Luciano gegen RWE vor einem deutschen Gericht, die von der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit unterstützt wird, liegt jetzt der Ball im Spielfeld der deutschen Justiz. Die Klage betritt juristisches Neuland, ohne dass „neues Recht“ herangezogen werden müsste. Es geht vielmehr um die Anwendung geltender Rechtssätze des Eigentumsschutzes auf ein neues Phänomen. Dieser eigentumsrechtlich begründete Anspruch zum Schutz vor den Folgen des Klimawandels gegen die Verursacher macht keinen Halt an nationalen Grenzen.

Das Ziel von Saúl Luciano mit einer erfolgreichen Klage ist, den bis zu 20.000 bedrohten Menschen in seiner Heimatstadt Huaraz mehr Schutz vor den drohenden Wassermassen zu geben. Von seinem ehrenamtlichen Einsatz kann nicht nur ein ganzes Stadtviertel, sondern vom Klimawandel betroffene Menschen weltweit



profitieren: Ein positiver Ausgang der Klage würde zum einen eine Menge ähnlicher juristischer Verfahren induzieren, zum anderen den besonders verletzlichen Menschen weltweit ein wirkmächtiges Instrument in die Hand geben, ihre Rechte politisch – etwa bei den UN-Klimaverhandlungen – durchzusetzen.

Klaus Milke, Christoph Bals & Will Frank

Ein Fall in mehreren Akten

Germanwatch kam erstmals im Herbst 2014, kurz vor der Weltklimakonferenz in Lima, mit Saúl Luciano in Verbindung. Seit Jahren beobachten er und sein Vater mit Sorge, wie sich die hochgelegene Schneedecke nördlich seiner Heimatstadt Huaraz wegen des Klimawandels zurückbildet und der Tauschnee neue und wachsende Gletscherseen entstehen lässt. Zweifellos lösen die sich auftürmenden Wassermengen irgendwann eine Flutkatastrophe aus, wenn nicht entschieden gehandelt wird. Den Hinweis auf Germanwatch bekam Saúl Luciano von Freunden, mit denen er sich dazu beriet, wie seine Familie und seine Gemeinde vor den Folgen einer Flut geschützt werden kann. Schließlich besuchte am Rande des Klimagipfels 2014 in Peru ein Team von Germanwatch Huaraz. Es folgten Gespräche mit der regionalen Katastrophenschutzorganisation, mit Wissenschaftsinstituten und weiteren Betroffenen. Saúl Luciano war überzeugt: nicht die von den Folgen des weltweiten Temperaturanstiegs betroffenen Menschen sollten die Kosten für Maßnahmen zum Schutz vor einer Flutkatastrophe tragen, sondern die Verursacher des Klimawandels. Notfalls solle darüber ein Gericht entscheiden.

Germanwatch vermittelte den Kontakt zu einer Umweltfachanwältin, die Saúl Luciano bei der Durchsetzung seines Schutzanspruchs begleiten sollte. Im Frühjahr 2015 setzte er zusammen mit seiner Anwältin ein Schreiben auf, in dem er Eu-

ropas größten CO₂-Emittenten RWE zur Übernahme eines Teils der Kosten für die Sicherung des Gletschersees in den Anden aufforderte. Wenige Wochen später ließ der Essener Energiekonzern mitteilen, er sehe keine Grundlage für einen Anspruch. Saúl Luciano sah sich dadurch bestärkt, seinen Anspruch gerichtlich feststellen zu lassen. Er ist überzeugt, dass eine solche Klage einen Präzedenzfall schaffen könnte, der seiner Nachbarschaft und MitbürgerInnen in Huaraz helfen und anderen Menschen in einer ähnlichen Situation Mut machen würde.

Zuspruch für sein Vorhaben erfährt Saúl Luciano aus allen Teilen der Welt. Die Aufmerksamkeit für seinen Fall will er nutzen und die Menschen in seinem Heimatort über die Gefahrenlage aufklären. Seine in der letzten Novemberwoche vor dem Essener Landesgericht eingereichte Klage gegen RWE will er auch mit Akteuren der Zivilgesellschaft in Europa diskutieren. Im Rahmen seines Besuchs beim Klimagipfel wird er auch den Kohletagebau Garzweiler besuchen, auf dem „Klimapilgerweg“ nach Paris wandern und an einem Bürgerkongress teilnehmen. Immer an seiner Seite: sein Vater Julio. Dieser kennt die Gefahren einer Flut aus eigener Erfahrung. Als der Gletschersee vor vielen Jahren schon einmal ausbrach, kostete das vielen Tausend Menschen das Leben.

Alexander El Alaoui

Gemeinsam für Klimagerechtigkeit



Das können wir mit Ihrer Unterstützung erreichen:



Saúl Luciano will mit seiner Klage gegen RWE Schutz vor den Folgen der klimawandelbedingten Gletscherschmelze für sich und seine Familie sowie für die Menschen in Huaraz erwirken. Ziel der Klage ist keine Entschädigungszahlung. Germanwatch berät sich intensiv mit ihm, wie die Klage dazu beitragen kann, die folgenden Ziele für globale Klimagerechtigkeit zu erreichen:

1. Verursacher wie RWE in die Verantwortung nehmen und zu weniger schädlichen Geschäftsmodellen bewegen
2. Politische Lösungen herbeiführen für den Schutz der vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen – national und international
3. Neue juristische Möglichkeiten für Betroffene schaffen – als Hebel für politische Lösungen

Germanwatch arbeitet seit langem zu diesen Zielen und unterstützt Saúl Luciano ideell und konkret mit Beratung, Expertisen, Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Für den peruanischen Bergführer Saúl Luciano ist die Klage gegen den Energiekonzern RWE eine große Herausforderung. Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit ruft dazu auf, die Klage finanziell zu unterstützen.

Zur Spendenplattform:
www.betterplace.org/p35937

Spendenkonto der Stiftung Zukunftsfähigkeit:
Stichwort „Schutz für Huaraz“
GLS Gemeinschaftsbank eG
Konto 14 039 600, BLZ 430 609 67

IBAN: DE 77 4306 0967 0014 0396 00
BIC: GENODEM1GLS

Hintergrundinfos zum „Fall Huaraz“:
www.germanwatch.org/der-fall-huaraz



Warum diese Klage?

Vier Fragen an Dr. Roda Verheyen, auf Umweltrecht spezialisierte Anwältin von Saúl Luciano, und Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch

Was ist das Besondere an diesem Fall ?

Roda Verheyen: Das Besondere ist, dass ein Betroffener aus einem Entwicklungsland gegen einen Konzern aus dem Norden klagt. Zwar gab es ähnliche Klagen in den USA – dort wurden sie von den Gerichten abgewiesen, weil der Klimawandel insgesamt ein politisches Problem sei. In Europa hat es einen solchen Fall nach meiner Kenntnis noch nie gegeben.

Im Grunde sagt der Kläger etwas sehr einfaches: die RWE AG nutzt ihr Eigentum (insbesondere Kohlekraftwerke) seit Jahrzehnten, um Einkommen zu generieren – und sein Eigentum wird dadurch beeinträchtigt. Das Gericht muss zwar einige ungeklärte Rechtsfragen beantworten, aber beantragt wird nur allgemein die Verantwortlichkeit von RWE für Schutzmaßnahmen gegen die drohende Gletscherflut festzustellen.

Warum unterstützt Germanwatch das Anliegen von Saúl Luciano?

Christoph Bals: Einerseits haben wir ständig Kontakt mit Menschen, deren Existenz jetzt schon – wie bei Saúl Luciano – durch den globalen Klimawandel bedroht ist. Andererseits hat es die Politik weltweit bisher nicht geschafft, gegen die fossile Industrie und Lobby einen Emissionspfad durchzusetzen, der geeignet wäre, einen im großen Maße gefährlichen Klimawandel abzuwenden. Deshalb kommen immer mehr verletzte Menschen auf uns zu und fragen, ob man nicht den Druck erhöhen müsse, damit die Verursacher eine doppelte Verantwortung übernehmen: erstens dafür, die Schädigung einzustellen, und zweitens, um Verantwortung für ausreichenden Schutz oder für inzwischen unvermeidbare Schäden zu übernehmen. Aus diesem Grund unterstützen wir diesen Muster-

fall von Saúl Luciano. Es ist beeindruckend, mit welcher Umsicht dieser Bergführer zielstrebig und bescheiden den Fall vorbereitet.

Warum ist dieser Präzedenzfall so bedeutend?

Roda Verheyen: Sollte die Klage Erfolg haben, wird sie Nachahmer nach sich ziehen. Politisch kann man sich dann fragen, ob es sinnvoll ist, sich zwischen Privaten vor nationalen Gerichten um Kosten zu streiten, wenn das Problem eigentlich auf globaler Ebene gelöst werden könnte, etwa durch einen sinnvollen Mechanismus für Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und Schadensausgleich. Hat die Klage Erfolg, wird sie auch der Industrie sehr klar machen, dass man das Zwei-Grad-Limit ernst nehmen muss – sonst gehen die Folgen des Klimawandels ja ins Unberechenbare.

Sollte die Klage keinen Erfolg haben, zeigt sie dennoch sehr klar, welche realen Probleme heute schon wegen des Klimawandels auftreten. Kann man die Betroffenen allein stehen lassen? Ist das gerecht? Wohl kaum.

Welche politischen Konsequenzen hätte es, wenn die Klage erfolgreich ist?

Christoph Bals: Eine erfolgreiche Klage würde viel Rückenwind für die Verhandlungen um „Schäden und Verluste“ bei den UN-Klimaverhandlungen erzeugen. Bisher ist das ein Thema voller Tabus. Aber bei erfolgreichen Klagen würde es auch für Länder mit vielen Verursachern rational werden, nicht auf eher zufällige Klagen zu warten, sondern eine grundsätzliche Regelung hinzubekommen.

Termine

■ **Hamburg, 01. und 11.12.15:** Aufführung „Welt-Klimakonferenz“ vom Künstlerkollektiv Rimini-Protokoll, mit Christoph Bals und Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/11029

■ **Hamburg, 18.01.15, 19:00 Uhr:** Podiumsdiskussion „Bericht aus Paris: Die UN-Klimakonferenz und die Folgen“, u.a. mit Klaus Milke. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/11121

■ **Schwerte, 19.02. - 20.02.16:** Tagung „Was bedeuten die UN-Nachhaltigkeitsziele für NRW?“, mit Klaus Milke. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/10927

■ **Köln, 25.04. - 29.04.16, jeweils 10 - 17 Uhr:** Seminar „Klima und Gerechtigkeit“, mit Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/10659

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Klaus Milke. Stand: November 2015.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage ca. 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

BMZ



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- Hintergrundpapier: Ausblick auf den Klimagipfel in Paris. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/11215
- Positionspapier: Klimabedingte Schäden und Verluste: Die politische Herausforderung annehmen und gerecht lösen. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/11139
- Studie: Nutzen des Klimaschutzes. Warum der 5. Sachstandsbericht des IPCC zu kurz greift. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10455
- Germanwatch und das Verursacherprinzip im Klimaschutz: Der Fall Huaraz. Hintergründe und Erläuterungen. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/10036
- Studie: Indizien für eine Trendwende in der internationalen Klima- und Energiepolitik. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10353
- Handbuch: Beteiligung und Transparenz bei der Stromnetzplanung. Handlungsempfehlungen vom BESTGRID-Projekt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10149

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Klimainitiativen können die Lücke verkleinern

Staatliche und nichtstaatliche Akteure treiben Klimaschutz voran

In Paris finden nicht nur die offiziellen Regierungsverhandlungen statt, die Konferenz bietet auch eine Plattform zur Ankündigung von Initiativen. Solche Initiativen sollen nationale Regierungen, Unternehmen, Regionen, Städte und/oder zivilgesellschaftliche Gruppen zusammenbringen, die zusätzliche konkrete Schritte zu Klimaschutz und -anpassung sowie dem Umgang mit Schäden und Verlusten leisten wollen. Die französische Präsidentschaft hat ihnen unter dem Titel „Lima Paris Action Agenda“ einen eigenständigen Platz im Programm eingeräumt. Dazu gehört auch der für den 5. Dezember geplante „Action Day“.

Die Initiativen können eine zentrale Rolle spielen, denn die Verhandlungen alleine führen bislang nicht zu Klimaschutz und -anpassung im erforderlichen Maße. Kleinere Gruppen mit vielfältigeren Akteuren können neuen Schwung bringen. Es ist allerdings entscheidend, dass Initiativen nicht einfach eine Marketingübung sind, sondern wirklich mehr für das Klima bringen. Germanwatch setzt sich dafür ein, Mindestkriterien an die Initiativen anzulegen. Dazu gehört ein tatsächlicher zusätzlicher Klimanutzen, regelmäßiges Nachhalten von Zielen und Berichterstattung, der Verzicht

auf riskante Technologien und die Achtung der Menschenrechte.

Städte als aktive Klimaschützer

Die Initiative zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Afrika, die zwischen den Regierungen der G7-Staaten und der Afrikanischen Union vorbereitet wird, könnte beispielsweise eine solche positive Initiative werden. Aber auch nichtstaatliche Akteure wie Städte und Unternehmen beteiligen sich schon heute aktiv am globalen Klimaschutz. Fast 600 Städte haben sich öffentlich zu knapp 1500 Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen verpflichtet. Sie wollen bis 2020 eine Milliarde Tonnen CO₂-Emissionen einsparen. 13 dieser Städte haben sich zum Ziel gesetzt, zwischen 2020 und 2050 komplett kohlenstoffneutral zu werden bzw. auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzusteigen (laut carbonn Climate Registry).

Versicherungslösungen für Klimafolgen

Positiv ist auch, dass es immer mehr Initiativen gibt, die sich mit Anpassung und dem Umgang

mit Klimaschäden und -verlusten beschäftigen. So kündigten die G7-Staaten auf ihrem Gipfel im Juli 2015 im bayerischen Elmau einen Beitrag zum Management und Transfer von Klimarisiken in Form einer Klimarisikoversicherungsinitiative (InsuResilience) an. Im Rahmen von InsuResilience sollen Menschen in besonders verletzlichen Entwicklungsländern besser gegen Klimarisiken abgesichert werden. Die Initiative strebt an, bis 2020 die Zahl der Menschen aus Entwicklungsländern mit Versicherungsschutz gegen Klimarisiken auf 500 Millionen zu vervielfachen. Dabei soll auf bestehende Versicherungsinstrumente in Afrika und der Karibik aufgebaut werden. Deutschland will hierfür mindestens 150 Millionen Euro bereitstellen.

Während diesen und anderen Initiativen in Paris internationale Anerkennung und Sichtbarkeit geboten wird, sind für einen langanhaltenden und wirkungsvollen Beitrag fortwährende Anstrengungen nötig. Dazu müssen sowohl Ambitionen existierender Initiativen geschürt als auch neue Kräfte mobilisiert werden. Es gilt aber auch, leere Ankündigungen und rein symbolisches Handeln zu enttarnen.

Lisa Junghans, Laura Schäfer & Lutz Weischer

Was folgt aus Paris?

Was der Klimagipfel für Deutschland bedeuten muss

Der Erfolg von Paris wird vor allem daran gemessen werden, wie sehr der Klimagipfel in den einzelnen Ländern als Aufbruch in die Dekarbonisierung verstanden wird. Deutschland ist dafür zentral. Denn auch in Deutschland muss es noch grundlegende Änderungen der Lebens- und Produktionsweise geben. Im besten Sinne. Für eine mit dem Zwei-Grad-Limit vereinbare Wirtschaft und Gesellschaft müssen wir in Deutschland noch viel sektorales Denken überwinden. Und dabei Stromproduktion, Mobilität, Wärmeversorgung, industrielle Wertschöpfung und unsere Vernetzung mit den Energiewenden anderer Länder viel stärker zusammen denken und miteinander verzahnen. Dafür stehen nach Paris wesentliche Weichenstellungen an.

Keine Zukunft für die Kohle

Der Weg in eine dekarbonisierte Wirtschaft umfasst mehr als den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Zugleich müssen die Emissionen aus fossilen Energien konsequent reduziert werden – allen voran die der Braunkohle. Dafür brauchen wir neben der Entwicklung und Förderung von Stromnetzen und anderen Flexibilitätslösungen für die Erneuerbaren einen Plan, wie wir mit den Beschäftigten und Regionen umgehen, die von dieser Transformation direkt betroffen sind. Bis 2035 muss Deutschland aus der Nutzung von Kohle ausgestiegen sein. Genug Zeit also – vorausgesetzt man beginnt jetzt mit einem sozialverträglichen Kohleausstieg.



bonisierung nur gelingen, wenn neben hohen Standards für Neubauten die energetische Sanierung der Bestandsgebäude in Deutschland endlich beginnt. Dafür brauchen wir mindestens eine Verdoppelung, wenn nicht Verdreifachung der momentanen Sanierungsrate. Das alles ist bekannt: Bund und Länder schieben sich allerdings seit Jahren den schwarzen Peter zu und verhindern eine finanzielle Rahmensetzung für Hausbesitzer. Damit muss nun Schluss sein.



Verkehrswende

Nicht erst der VW-Skandal um manipulierte Software und erlogene CO₂-Grenzwerte hat gezeigt, dass im Autoland Deutschland eine Grundsatzfrage offen ist. Wie sollen Mobilitätskonzepte der Zukunft erprobt werden und endlich ernsthafter Klimaschutz im Verkehr umgesetzt werden, wenn sich die Politik schützend vor den innovationslosen Strukturkonservatismus der deutschen Automobilindustrie stellt? Offensichtlich wurde hier das Primat der Politik durch das Primat der Konzerninteressen ersetzt. Der Skandal um VW bietet jetzt die Gelegenheit, die Automobilindustrie als eine Säule der Volkswirtschaft in eine zukunftsfähige Ära zu schubsen – und überlebensfähig zu machen. Die Zeit des Tricksens und Täuschens muss endlich vorbei sein. Jetzt müssen wirkliche Innovationen folgen.



Energiewende-Allianzen: Vorreiter und Pioniere

Bei der Energiewende ist Deutschland nicht alleine. China entwickelt Wind- und Solarenergie mit beeindruckender Geschwindigkeit. Uruguay, Costa Rica, Dänemark und eine Reihe anderer Länder und Regionen haben im Vergleich zu Deutschland ambitioniertere Energiewenden gestartet. Das Signal von Paris sollte zu einer verstärkten Kooperation dieser Länder führen. Vorreiterallianzen können die Transformation innerhalb und beispielgebend außerhalb ihres Zusammenschlusses beschleunigen. Sie können Zweifeln wie Polen aufzeigen, dass Klimaschutz und langfristige wirtschaftliche Prosperität voneinander abhängen. Deutschland sollte als großes Energiewendeland eine Schlüsselrolle spielen, solche Allianzen stärker voranzutreiben. Regierung, NGOs und Wissenschaft haben aber auch die Aufgabe, die Erfahrungen mit der Energiewende weit stärker mit den Klimaschutzpionieren in solchen Ländern zu teilen, in denen ambitionierte Dekarbonisierung noch nicht als realistische Option gesehen wird. Mit dem Signal von Paris im Rücken sind die Bedingungen für solche Kooperationen besser als je zuvor.

Tobias Pforte-von Randow & Oldag Caspar

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos:
www.germanwatch.org/mitglied-werden